Pressemitteilung

Linz, 30. November 2020

Diskussion zur Zukunft der EU-Agrarpolitik in entscheidender Phase

Drohungen von EU-Klimakommissar für heimische Bauernschaft irritierend

Erstaunt und irritiert zeigt sich die heimische Bauernvertretung über die Kritik von EU Kommissionsvizepräsident und Klimakommissar Frans Timmermans zu den GAP-Verhandlungspositionen der EU Agrarminister und des EU Parlamentes.

Dieser hatte zuletzt damit gedroht von Seiten der EU-Kommission die Vorschläge zur GAP-Reform zurückzuziehen und neue Vorschläge vorzulegen, da mit den vorliegenden Positionierungen der Agrarminister und des EU-Parlamentes die Ziele des Green Deal, der Farm-to-Fork Strategie und der EU-Biodiversitätsstrategie nicht erreicht werden könnten. „Für die heimische Bauernschaft ist es völlig inakzeptabel, dass die EU-Kommission versucht, ihre Umwelt- und Klimaziele fast einseitig nur auf dem Rücken der Bauern umzusetzen. Entgegen mancher öffentlicher Darstellung gehört die gemeinsame EU-Agrarpolitik zu den fortschrittlichsten Politikbereichen was Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes betrifft. Dies gilt umso mehr für die heimische Landwirtschaft, die aufgrund der fast flächendeckenden Teilnahme am Agrarumweltprogramm ÖPUL und mit dem hohen Biobauernanteil als Musterbeispiel für die Ökologisierung und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft in Europa gilt“, betont Kammerpräsidentin Michaela Langer-Weninger.

Wesentliche Verhandlungserfolge zur GAP

Nach der politischen Einigung zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen im Sommer, konnte Agrarministerin Elisabeth Köstinger im Herbst im EU-Agrarministerrat entscheidende Verhandlungserfolge für die heimischen Bäuerinnen und Bauern erzielen. So ist es ihr entgegen der EU-Kommissionsvorschläge im Agrarministerrat gelungen die Möglichkeit einer Beibehaltung der Differenzierung der Direktzahlungen zwischen Almflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen durchzusetzen. Diese Entscheidung ist gerade für die OÖ

Landwirtschaft von zentraler Bedeutung, da sonst ein erheblicher Abfluss von Direktzahlungen gedroht hätte. Zudem ist es damit möglich, dass die bewährten Systeme der Bergbauern- und Almförderung auch in der neuen GAP-Periode fortgeführt werden können.

Weiters ist in den neuen GAP-Vorschlägen vorgesehen, dass ein Teil der Direktzahlungen in eine neue Ökoregelung übergeführt werden soll. Die Agrarminister sprechen sich hier für einen Anteil von 20 Prozent, das EU-Parlament für einen Anteil von 30 Prozent aus. Bundesministerin Köstinger konnte hier für die heimische Landwirtschaft in der Ratsposition durchsetzen, dass die überdurchschnittlichen Aufwendungen Österreichs für das Agrarumweltprogramm ÖPUL gegengerechnet werden, sodass sich die notwendigen Umschichtungen für die österreichische Landwirtschaft um bis zu 75 Prozent reduzieren sollen. Damit könnten die Direktzahlungen für die österreichische Landwirtschaft im Gegensatz zu anderen EU-Ländern auch in der neuen GAP-Periode weitgehend vollständig zur Auszahlung gebracht werden. Die verbleibenden Mittel-Umschichtungen für die Öko-Regelung stehen in der neuen Programmperiode als zusätzliche Mittel für das Agrarumweltprogramm ÖPUL zur Verfügung.

Green Deal – wirtschaftliche Folgen-Abschätzung unabdingbar

Für Unmut in der Bauernschaft und auch bei Bauernvertretern sorgt die Tatsache, dass die neue EU-Kommission mit dem Green Deal versucht ihre eigenen Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor deren Beschlussfassung sozusagen durch die Hintertür einer nochmaligen Reform zu unterziehen. Viele der in den Vorschlägen zum Green Deal verankerten Umweltambitionen sind wirtschaftlich kaum machbar, würden die Lebensmittelversorgung nachhaltig gefährden und die EU als Agrar- und Lebensmittelproduktionsstandort nachhaltig in Frage stellen. „Die Landwirtschaftskammer fordert daher von der EU die Vorlage einer Wirtschaftsfolgen-Abschätzung für den Green Deal. Dessen Ziele dürfen sich nicht einseitig schwerpunktmäßig auf die Land- und Forstwirtschaft beziehen, sondern müssen auch andere Wirtschaftsbereiche umfassen. Was derzeit an Vorschlägen im Zuge der EU-Farm-to-Fork Strategie vorliegt ist so wirtschaftlich nicht machbar. Die Landwirtschaft bekennt sich im eigenen Interesse zum Umwelt- und Klimaschutz, sowie zur Pflanzenschutzmittel- und Antibiotika-Reduktion. Umstellungsmaßnahmen brauchen aber Zeit und dürfen nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit und Lebensmittelqualität gehen. EU-Kommissions-Vizepräsident Timmermans ist daher eingeladen, sich einmal ein Bild von der realen bäuerlichen Landwirtschaft zu machen und nicht einen funktionierenden Politikbereich wie die GAP ständig in die Kritik zu ziehen“, appelliert LK Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Bäuerinnen und Bauern dürfen mit den EU Zielen für den Green Deal auch nicht überfordert werden“ betont Präsidentin Michaela Langer-Weninger. Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at